

„Wollen hin zu großen Schritten“

Gleichstellungsbericht sieht nur wenig Verbesserungen beim Geschlechterverhältnis

Beim Abbau von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hat es in Freiburg in den vergangenen Jahren nur wenig Fortschritte gegeben. Das geht aus dem Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter für das Jahr 2022 hervor, den das städtische Referat für Chancengleichheit erarbeitet hat und der im Gemeinderat diskutiert wurde.

Verglichen mit den zwei vorherigen Berichten aus den Jahren 2011 und 2014 bestehen die Ungleichheiten in den meisten Bereichen fort. „Das traditionelle Rollenverständnis im Geschlechterverhältnis hat sich trotz größerer öffentlicher Aufmerksamkeit für das Thema seit 2014 kaum verändert“, lautet das nüchterne Fazit des Berichts, den das städtische Referat für Chancengleichheit erstellt hat. Er beleuchtet Themenfelder wie Politik oder Erwerbsleben aus Gleichstellungsgesichtspunkten.

Die Ergebnisse

Kleine Fortschritte gibt es bei der Kommunalpolitik und den städtischen Beteiligungen in höheren Positionen. So stieg bei Letzteren der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten an, allerdings auf nur rund 30 Prozent. Im Freiburger Gemeinderat lag die Frauenquote bei 37,5 Prozent, 2014 waren es 33,3 Prozent. Allerdings, kritisierte Stadträtin Sophie Kessl von Jupi, sei man wegen der männlichen Nachrücker bei Mandatswechseln inzwischen wieder beim Stand von 2014 angelangt.

Bei der Erwerbsbeteiligung ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgewogen, anders sieht es jedoch bei der Intensität aus: 58 Prozent der Freiburger Frauen waren 2022 teilzeitbeschäftigt, bei Männern waren es nur 23 Prozent – immerhin mit steigender Tendenz.

Nach wie vor Frauensache sind Familie und Sorgearbeit: Frauen in Freiburg beziehen deutlich länger Elterngeld als Männer: 11,4 Monate, verglichen mit 3,5 Monaten.

Bei der Stadtverwaltung bilden Frauen in fast allen Laufbahngruppen die Mehrheit, am meisten sind es mit 75 Prozent beim einfachen Dienst. Im höheren Dienst machen sie dagegen nur 46 Prozent aus. Positiv hervorgehoben wurde im Gemeinderat, dass der Anteil der Männer bei den Beschäftigten in Freiburger Kitas inzwischen bei fünf Prozent liegt. Armut und häusliche Gewalt sind Themen, von denen Frauen häufiger betroffen sind.

Die Debatte

Einigermaßen verhalten waren die Reaktionen der Stadträtinnen und -räte. Pia Federer (Grüne) nannte den Bericht „ernüchternd“, Julia Söhne (SPD/Kulturliste) sagte: „Wir wollen wegkommen von langen Sachstandsberichten hin zu konkreten Maßnahmen, zu großen Schritten beim Thema Gleichberechtigung.“

Übernommen wurde ein Antrag von Grünen, SPD/Kult, Jupi, FDP/BFF und FL, den Gleichstellungsbericht und den Gender-und-Diversity-Rahmenplan zusammenzuführen.

„Begrüßenswert und visionär“

Erster Schritt zur Verwaltungskooperation mit dem Landkreis

Wird der dritte Bauabschnitt für das Rathaus im Stühlinger ein gemeinsamer Neubau mit dem Landratsamt? Fast schon begeistert haben die Gemeinderatsmitglieder die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie aufgenommen und der Verwaltung den Auftrag erteilt, dieses Ziel weiterzuverfolgen.

Wie bereits im Juli berichtet, überlegen die Stadt Freiburg und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, ob sie im Stühlinger gemeinsam neu bauen sollen und damit bestehende sowie offensichtlich naheliegende Synergien zu nutzen. Das gilt sowohl für eine inhaltliche Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Kfz-Zulassung, wie auch räumlich, indem etwa Sitzungs- und Besprechungsräume gemeinsam genutzt werden.

Der Platz reicht für zwei

Die Idee der städtischen Projektgruppe für Wandel und Innovation (Piwi) ist auf den ersten Blick bestechend. Dass sie zumindest räumlich machbar ist, hat eine entsprechende Studie des Büros Ingenhoven ergeben. Deren klares Ergebnis: Die Bedarfe beider Verwaltungen können auf dem zur Verfügung stehenden Grundstück im Stühlinger gedeckt werden.

Die Düsseldorfer Architekten haben gleichzeitig auch eine Vision entwickelt, wie sich das Gebäude gestalterisch an den bereits gebauten und den geplanten zweiten Rundling anlehnen könnte, zugleich aber auch die Eigenständigkeit der beiden Behörden ermöglicht.

Im Gemeinderat, der jetzt erstmals über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie diskutiert hat, fand die Idee breite Unterstützung. Als „absolut begrüßenswert und visionär“ bezeichnete Grünen-Stadträtin Maria Hehn die Überlegungen. Klare Zustimmung gab es auch von Lina Wiemer-Cialowicz (Eine Stadt für alle) und Julia Söhne (SPD/Kulturliste). Carolin Jenkner von der CDU betonte zusätzlich, dass es „Sinn macht, für dieses Projekt zu kämpfen“, auch wenn erwartbar „Stolpersteine“ auftauchen sollten. Sascha Fiek (FDP/BfF) lobte die „steile Lernkurve der Verwaltung“.

Ein bisschen Kritik steuerte Johannes Gröger (FW) bei – obwohl auch seine Fraktion am Ende zustimmte. Vor allem hinter die Finanzierung setze er ein großes Fragezeichen. Wolf-Dieter Winkler (FL) hinterfragte die Nachhaltigkeit der Planungen des Landratsamts und hofft auf eine sinnvolle Nachnutzung der Gebäude in der Stadtstraße. Simon Waldenspuhl (Jupi) führte die Diskussion abschließend zusammen und stellte fest: „Die Vorteile überwiegen die Nachteile.“

So sahen es am Ende alle und gaben diesem „allerersten Schritt“ (OB Horn) einstimmig ihr Jawort. Mit dem Dank, „dass Sie uns für diese Vision nicht zum Arzt schicken“, schloss der OB die Debatte.

Erinnerung an die Novemberpogrome

Gemeinsames Gedenken am 9. November

Am 9. November jähren sich zum 85. Mal die Novemberpogrome: 1938 zerstörten die Nationalsozialisten mehr als 1400 jüdische Gotteshäuser sowie Tausende Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe. Auch die Freiburger Synagoge fiel in dieser Nacht den Flammen zum Opfer.

Daher laden die Stadt und die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am Donnerstag, 9. November, um 17.30 Uhr zum gemeinsamen Gedenken auf den Platz der Alten Synagoge ein. Neben Ansprachen von Oberbürgermeister Martin Horn und der Vorsitzenden der Israelitischen Gemeinde, Irina Katz, wird es einen Beitrag von Jugendlichen geben, die François Blum, den Vorsitzenden des Vereins Nachkommen, Verwandte und Freunde der Mitglieder der ehemaligen israelitischen Gemeinde als Zeitzeugen interviewt haben. Der Frankfurter Chasan/Kantor Daniel Kempin wird als Gast der Egalitären Jüdischen Chawurah Gescher Kaddisch und El Male Rachamim beten. Der Saxofonist Mike Schweizer begleitet die Gedenkstunde musikalisch.

Bereits um 16.30 Uhr beginnt bei der Hebelschule ein Gedenkweg zum Platz der Alten Synagoge, den Schülerinnen und Schüler vorbereitet haben.

Infos, auch zu weiteren Veranstaltungen zu diesem Anlass: www.freiburg.de/pogromnacht

OB Horn im Austausch wegen Dietenbach

Gerichtsentscheid verschiebt Rodungen

Am Rande der Festveranstaltung zum 20. Geburtstag des Glashauses im Rieselfeld hat sich Oberbürgermeister Martin Horn mit Anwohnerinnen und Anwohnern ausgetauscht, die sich für den Erhalt des Langmattenwäldchens am Rand des neuen Stadtteils Dietenbach einsetzen.

Bei dem rund 20-minütigen Treffen hat der OB die städtischen Planungen erläutert. Aktuell geht es um die Verlegung einer Erdgashochdruckleitung, für die rund 3000 Quadratmeter Baumbestand im Langmattenwald parallel zur künftigen Stadtbahntrasse gerodet werden muss. Diese Arbeiten wurden im August vom Regierungspräsidium genehmigt.

Gegen diese Entscheidung hatte der NABU per Eilantrag Klage erhoben. Mitte Oktober hat das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung dieser Klage angeordnet. Damit können die Rodungsarbeiten nicht wie geplant starten. Das Gericht verbietet allerdings weder endgültig die geplanten Rodungen noch die Verlegung der Erdgashochdruckleitung, sondern hält lediglich den Planungsstand für die vorgesehene Straßenbahn und den geplanten Sportplatz noch nicht für ausreichend, um diese bereits heute als Begründung für die konkrete Lage der Erdgashochdruckleitung heranzuziehen.

Querformat

Nie wieder ist jetzt

„Den langjährigen Worten und Sonntagsreden müssen jetzt Taten folgen“, forderte Irina Katz, die Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde, bei der Gedenkfeier für die am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportierten Freiburger Jüdinnen und Juden. „Nie wieder ist jetzt.“ Für den Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober gebe es keine Worte, ergänzte Cornelia Haberlandt-Krüger, Vorsitzende der Egalitären jüdischen Chawurah Gescher. Ein „Licht im Dunkel“ sei aber, dass seither überall in Deutschland israelische Flaggen an den Rathäusern wehen. In Freiburg wurde als Zeichen der Solidarität die Fahne der Partnerstadt Tel Aviv-Yafo gehisst, außerdem bot OB Martin Horn am Tag nach dem Angriff seinem Amtskollegen in Israel Unterstützung an: „Unsere Gedanken und Gebete sind bei Ihnen.“ In einem sehr bewegenden Beitrag erzählte die amerikanische Filmemacherin Judi Beecher von ihren Großeltern, die zusammen mit ihrer damals vierjährigen Mutter aus Freiburg nach Gurs deportiert wurden, aber mithilfe engagierter Menschen entkommen konnten. Ihr Schicksal zeige, so Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach, dass „jede Einzelne und jeder Einzelne etwas tun und sich aktiv für eine humane Gesellschaft einsetzen kann“.

Drei fragen an Michael Thoma

vom Sportreferat

Seit voriger Woche steht im Rieselfeld an der großen Wiese hinter dem Kepler-Gymnasium eine weitere Sportbox, schon die vierte im Stadtgebiet. Wie die anderen drei ist sie prall gefüllt mit allerlei Utensilien, mit deren Hilfe man allein oder mit anderen Sport im Freien treiben kann. Was man zu den Boxen wissen sollte, haben wir Michael Thoma gefragt

1. Was brauche ich, um die Sportbox zu nutzen, und was kostet das?

Natürlich Lust auf Sport und Bewegung sowie ein Handy, um die Sportbox zu buchen und vor Ort zu öffnen. Die Nutzung der Sportbox und das Herunterladen der notwendigen App „App and move“ sind kostenlos.

2. Wie verhindern Sie Diebstahl von Sportgeräten?

Jede Sportbox hat in ihren vier Schubladen eine kleine Kamera, die vor und nach der Ausleihe ein Bild des Equipments fertigt. Sollte dann was fehlen, wird unsere technische Partnerfirma aktiv. Andere Städte haben aber die Erfahrung gemacht, dass die Sportcommunity ehrlich und zuverlässig ist – ich bin mir sicher, dass Freiburg da nicht aus der Reihe tanzt.

3. Was kostet die Stadt der Spaß, und wird es weitere Sportboxen geben?

Die ersten beiden Boxen im Seepark und in Gutleutmatten haben wir 2022 mit je knapp 25 000 Euro aus dem städtischen Haushalt bezahlt. Die Boxen am alten Messplatz und im Rieselfeld hat glücklicherweise der Deutsche Olympische Sportbund gesponsort. Nach zwei Jahren ist dann eine Nutzungsgebühr von 135 Euro pro Monat und Box fällig. Das muss die Stadt zahlen, ebenso wie notwendige Ersatzbeschaffungen. Eines ist aber sicher: Für die Nutzenden bleibt das Angebot kostenfrei. Perspektivisch wollen wir im Stadtgebiet zehn bis fünfzehn Sportboxen aufstellen, überall dort, wo Sport und Bewegung gut möglich sind. Für die Finanzierung freuen wir uns über Sponsoren, die im Gegenzug auf der Rückseite der Sportboxen mit ihrem Namen glänzen können.

Weitere Infos unter: <https://sportportal.freiburg.de>

Namen und Nachrichten

Hoher Besuch aus der Mongolei

Vorige Woche empfing der Erste Bürgermeister Ulrich von Kirchbach den mongolischen Botschafter Mandakhbileg Birvaa und seine Ehegattin Enkhburd Jugder (2./1. v. r.) gemeinsam mit einer Delegation aus der Mongolei in Freiburg. Anlass war eine Veranstaltung des Mongolei-Zentrums Freiburg auf dem Rathausplatz. Dabei wurden an einem Stand unter anderem Bioprodukte und selbst hergestellte Strickwaren aus der Mongolei angeboten.

Gestaltungsbeirätin verstorben

Die Stadt Freiburg trauert um Angela Bezenberger, die im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Die Landschaftsarchitektin war seit 2020 Mitglied im fünfköpfigen Team des Gestaltungsbeirats der Stadt. Zu ihrem breiten Tätigkeitsfeld gehörte unter anderem eine Gastprofessur an der Gesamthochschule Kassel im Fachbereich Landschaftsarchitektur und Lehraufträge an der TU München, Fachhochschule Biberach im Fachbereich Städtebau und an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen.

Dagmar Stocker verabschiedet

Mit stehendem Applaus hat der Gemeinderat Dagmar Stocker aus dem aktiven Dienst verabschiedet. Über 43 Jahre nach ihrem Ausbildungsstart und nach fast 18 Jahren an der Spitze des Ratsbüros gibt sie den Staffelstab Ende des Monats an ihren langjährigen Stellvertreter Kai Knobloch weiter. OB Horn lobte sie zum Abschied als „sachlich und menschlich korrekt“, für viele im Rathaus sei sie mit ihrem tiefen Fachwissen oft ein „Rettungsanker“ gewesen. Stocker dankte ihrem Team und vielen Weggefährten – und gab dem Gemeinderat, dessen Sitzungen sie fast zwei Jahrzehnte organisierte, abschließend einen Rat: „Hüten Sie den größten Schatz, den Sie haben: die engagierte Verwaltung!“

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Neustart für den Freiburg-Pass

„Vier Euro fürs Theater, drei Euro fürs Schwimmbad. Mit diesen Ermäßigungen ermöglicht der Freiburg-Pass Zugang zu sozialen, sportlichen und kulturellen Angeboten“, so Hannes Wagner in seiner Rede in der letzten Gemeinderatssitzung. Der Bedarf für den Pass ist da, denn viele Menschen müssen mit wenig Einkommen ihren Alltag bestreiten. Kulturelle und soziale Angebote stehen in Konkurrenz zum Einkaufen von Lebensmitteln: „All das ist leider immer noch für viel zu viele Menschen in Freiburg tägliche Realität und prägt gerade Kinder oft für ihr Leben“, verdeutlicht Wagner weiter.

Die Neuauflage des Passes ist Ergebnis eines interfraktionellen Antrags, den wir Grüne gemeinsam mit der Fraktionsgemeinschaft Eine Stadt für alle initiiert haben. Zu wenige Menschen nutzen tatsächlich das Angebot, das es bereits seit 2008 gibt. Für eine Modifizierung ist daher die aktive Bewerbung des Passes notwendig sowie die Einbeziehung weiterer Angebote, wie zum Beispiel das Sozialticket oder vergünstigtes Schulessen. Neuerungen zum Jahreswechsel werden zum einen die Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises sein und damit Wohngeldempfänger*innen miteinschließen. Zum anderen wird der Pass an das Freiburger Bündnis für Familie angeschlossen und damit vor allem bisheriges Know-how gebündelt und eine Vervielfachung der Ausgabestellen geschaffen. Die wichtigsten Fragen und Antworten sowie einen Überblick über die Angebote des Freiburg-Passes gibt es unter <https://fraktion.gruene-freiburg.de/2023/10/20/faq-freiburg-pass/>

Zukunft Mundenhof

Der Mundenhof boomt: Vergangenes Jahr kamen knapp eine halbe Million Besucher*innen in den Tier-Natur-Erlebnispark – wenig verwunderlich, so Stadträtin Dr. Maria Hehn: „Vom städtischen Gehöft mit vielfältigen Funktionen über ein Tiergehege zu einer renommierten Umweltbildungseinrichtung und einer nicht mehr wegzudenkenden Naherholungseinrichtung – der Mundenhof ist ein einzigartiges Kleinod.“ Die Attraktivität bringt allerdings auch Herausforderungen mit sich: An schönen Wochenenden ist der Mundenhof an der Kapazitätsgrenze. Gebäude wie u. a. die des Reitclubs 99 e. V. haben Sanierungsbedarf, und mit dem neuen Stadtteil Dietenbach wird der Besucherdruck weiter zunehmen. Hehn begrüßt daher, dass der Gemeinderat nun die Weichen für die Zukunft gestellt hat: „Das vorgelegte mittel- bis langfristige Entwicklungskonzept ist eine hervorragende Basis für die Weiterentwicklung und Erweiterung des Mundenhofs und eine gute Lösung für den Reitclub 99 e. V. Damit kann sowohl die Infrastruktur für die vielen Besucher*innen ertüchtigt werden als auch eine qualitative Verbesserung des Angebots erreicht werden. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im Zuge der Sanierung auch viele Solaranlagen errichtet werden.“

Veranstaltung „Gute Kitas für die Zukunft“

Gute Bildungschancen für alle Kinder unabhängig ihrer Herkunft, das ist unser Ziel. Gute frühkindliche Bildung ist hierfür zentral.

In der Diskussionsveranstaltung am Freitag, den 10. November 2023, von 16 bis 18 Uhr im Haus der Jugend Freiburg (Umlandstraße 2) wird das Spannungsfeld zwischen Ausbau, Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung diskutiert.

Es diskutieren:

- Volker Schebesta MdL, Staatssekretär für frühkindliche Bildung im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Christine Buchheit, Bildungsbürgermeisterin der Stadt Freiburg
- Nadyne Saint-Cast MdL, Freiburger Landtagsabgeordnete und Mitglied im Bildungsausschuss
- Annabelle von Kalckreuth, Freiburger Stadträtin und Mitglied im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Für die Dauer der Veranstaltung ist eine kostenlose Kinderbetreuung nach Anmeldung möglich. Bitte bis zum 6.11.2023 unter fraktion@gruene-freiburg.de oder 0761 70 13 23 den Bedarf anmelden.

Eine Stadt für alle

Stadtteil Dietenbach – aktuelle Lage

Es wird wieder verstärkt über den neuen Stadtteil Dietenbach diskutiert. Kann dieser Stadtteil noch gelingen angesichts der steigenden Baukosten? Entsteht dort wirklich der bezahlbare Wohnraum, den wir brauchen? Kann und muss nicht mehr Wald erhalten werden? Diese Fragen bewegen auch uns, und wir nehmen die bestehenden Sorgen ernst.

Bund und Land müssen Wohnraumförderung verbessern

Für unsere Fraktion ist klar, dass wir am Bau des neuen Stadtteils festhalten, solange dort mindestens 50 Prozent sozialer Wohnungsbau realisiert wird. Zu jedem Zeitpunkt war klar, dass es dafür entsprechende Förderprogramme des Bundes und des Landes geben muss. Die Ampelregierung hat diese leider bisher nicht an die aktuellen Baukosten- und Zinsentwicklung angepasst, obwohl alle Kommunen deutschlandweit dies einfordern. Will die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP sich hier nicht eines Totalversagens schuldig machen, muss sie jetzt handeln. In jedem Fall muss die Stadt an einer Entwicklung der dazu notwendigen Bauflächen dranbleiben, um nicht unnötig Zeit zu verlieren.

Unser Fokus: Gemeinwohlorientierung

Grundsätzlich sind öffentliche Investitionen in kommunale und gemeinwohlorientierte Wohnungsbestände das Gebot der Stunde. Diese Wohnungen bleiben weitgehend von Marktzwängen befreit und müssen keine hohen Renditen in private Taschen erwirtschaften. Gerade für langfristig angelegte Bauprojekte wie die von Genossenschaften, Syndikaten und der Freiburger Stadtbau müssen wir daher den benötigten Rahmen schaffen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den neuen Stadtteil, auch in dem Bewusstsein, dass dabei nicht alle Bäume – insbesondere im Zusammenhang mit dem Straßenbahnbau und dem Schul- und Sportcampus – erhalten werden können.

Sozial und ökologisch – mehr Wald erhalten!

Dennoch teilen wir die Forderung nach noch mehr Flexibilität beim Erhalt von größeren Teilen des Langmattenwäldchens. Grundsätzlich hat das dortige Waldband eine wichtige Funktion als natürliche Klimaanlage zwischen den Stadtteilen. Es hat eine hohe ökologische Qualität entwickelt und ist auch eine wichtige Naherholungsfläche. Wir wollen deshalb weitere Nachbesserungen am Sportcampus, ohne dabei die für die Schule notwendigen Freiraumbedarfe infrage zu stellen. Wir wollen immer die möglichst waldschonendste – nicht kostengünstigste – Verlegung der benötigten Versorgungsstränge und einen Verzicht auf eine Bebauung des heutigen oberen nördlichen Waldrandes, weder mit sogenannten Town-Houses noch mit anderer Bebauung.

SPD/Kulturliste

Ein guter Schritt beim Freiburg-Pass

Mehr Ausgabestellen, mehr Berechtigte und erweiterte Öffentlichkeitsarbeit: beim Freiburg-Pass geht einiges voran. Vor einem knappen Jahr haben wir mit anderen Fraktionen beantragt, den Freiburg-Pass, der Freiburger:innen mit geringen Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Erleben erweitern soll, zu verbessern. Jetzt hat der Gemeinderat weitreichende Änderungen beschlossen.

Soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen

Verbesserungen gibt es zum einen beim Kreis der Berechtigten: Ab dem kommenden Jahr sollen neben beispielsweise Menschen in der Grundsicherung auch Bezieher:innen von Wohngeld den Freiburg-Pass beantragen können. Zum anderen wird es für die Berechtigten auch leichter, den Pass zu erhalten: Denn damit die Ausgabe der zusätzlichen Pässe funktioniert, wird zukünftig das Freiburger Bündnis für Familien mit insgesamt 24 Ausgabestellen die Ausgabe übernehmen. Auf diese Weise sollen Hürden abgebaut werden.

„Wir wollen in einer Stadt leben, in der die Höhe des Einkommens für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben keine Rolle spielt. Der Freiburg-Pass ist hierfür ein ganz wichtiger Baustein. Wir begrüßen alle diese Schritte daher sehr und freuen uns, wenn künftig noch einmal deutlich mehr Menschen in Freiburg von den Angeboten des Freiburg-Passes profitieren können“, so Ludwig Striet, sozialpolitischer Sprecher.

Die beste Werbung für den Freiburg-Pass: gute Angebote

Gleichzeitig gilt natürlich: Der Pass funktioniert nur dann, wenn er an möglichst vielen Stellen Zugang zu Ermäßigungen bietet. Schrittweise soll daher das Angebot in städtischen Einrichtungen erweitert werden. „Die erweiterte Öffentlichkeitsarbeit ist gut, noch wichtiger ist aus unserer Sicht jedoch, dass mit dem Pass auch gute und passende Angebote einhergehen. Hier werden wir sowohl bei den städtischen Einrichtungen als auch bei denjenigen, die Zuschüsse über den städtischen Haushalt erhalten, noch einmal stärker drauf achten“, betont Karin Seebacher, Mitglied im Sozialausschuss.

Videüberwachung bewährt sich

Die CDU-Stadtratsfraktion hat im Oktober das Polizeipräsidium Freiburg besucht, um sich vor Ort einen Eindruck darüber zu machen, wie wirksam die Videoüberwachung in ausgewählten Bereichen der Freiburger Innenstadt ist. Der Besuch hat gezeigt, dass der Kameraeinsatz hervorragend funktioniert und sich insbesondere dafür eignet, Körperverletzungen und Angriffe im Ansatz zu unterbinden. Bei Überfällen ist eine schnelle Intervention der Polizei gewährleistet. 16 hochauflösende Kameras beobachten in der Innenstadt im sogenannten Bermudadreieck und in der unteren Bertoldstraße das nächtliche Geschehen an Freitagen, Samstagen und vor Feiertagen von 22 bis 6 Uhr. PolizistInnen werten die Bilder im Lagezentrum live aus, sodass vor Ort befindliche KollegInnen bei Bedarf sofort intervenieren können.

Schwere Straftaten erfolgreich verhindert

Dank der zeitlich begrenzten Brennpunkt-Überwachung konnten nach Auskunft der Polizei viele Straftaten verhindert werden, weil schon eingeschritten werden könne, bevor etwa aggressiv Auftretende ihr Vorhaben überhaupt in die Tat umsetzen könnten. Die Videoüberwachung hat sich besonders bei der Verhinderung von Körperverletzungen bewährt, denn schwere Verletzungen haben durch die schnelle Intervention spürbar abgenommen. Nicht zuletzt ist es auch möglich, Tatverdächtige leichter zu ermitteln, da sie auf frischer Tat ertappt oder über die Bilder identifizierbar werden. Für uns ist es wichtig, dass die Aufnahmen nach zwei Wochen wieder gelöscht werden, wenn sie für konkrete Ermittlungen nicht gebraucht werden. Personen- und Datenschutz werden so angemessenen berücksichtigt.

Bernhard Rotzinger: „Die CDU-Fraktion freut sich über diese Erfolge sehr. Die Videoüberwachung ist ein zusätzlicher Sicherheitsgewinn für Freiburg und ein weiterer Baustein, dass die Nachtschwärmer sich fröhlich, unbeschwert und ohne Angst vor Angriffen, Übergriffen und Verletzungen nachts in der Innenstadt bewegen können.“

Nach dem Termin im Polizeipräsidium hat unsere Fraktion noch BeamtInnen des Polizeireviers Freiburg-Nord bei einer Streife im Bermudadreieck begleitet. Der Abend machte nicht nur die Wirksamkeit der Videoüberwachung deutlich, sondern auch das große Engagement der PolizistInnen, die ihre Nachtschicht zusätzlich zu einer vorhergehenden Nachtschicht im Regeldienst leisten. Für dieses Engagement möchten wir ihnen aufrichtig danken.

Jupi

Neustart für den Freiburg-Pass

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, den Freiburg-Pass neu aufzustellen. Der Freiburg-Pass bietet für Sozialleistungsempfänger*innen Rabatte zum Beispiel bei den Bädern, dem Theater und anderen Kulturinstitutionen. Ab kommendem Jahr sollen nun auch Wohngeldempfänger*innen in den Genuss dieser Vergünstigungen kommen.

Die Ausgabe des Freiburg-Passes wird zukünftig vom Bündnis für Familien organisiert. Davon erhoffen wir uns Synergieeffekte mit der Familiencard, welche ebenfalls verschiedene Sonderkonditionen für Familien bietet. Zudem gibt es zukünftig eine Vielzahl an Ausgabestellen, da auch die Quartiersbüros die Ausstellung des Passes übernehmen. Wir hoffen, dass somit der Freiburg-Pass bekannter wird und weitere Partner*innen für Rabatte gefunden werden. Der Freiburg-Pass soll die Teilnahme am öffentlichen Leben für alle ermöglichen, die finanziell schlechter gestellt und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Wir haben zudem erfolgreich beantragt, dass der Freiburg-Pass mit einer großen Kampagne sowohl im Internet als auch mit Plakaten einer breiteren Masse bekannt gemacht wird. Ziel muss sein, dass alle Freiburger*innen wissen, was der Freiburg-Pass ist. Dafür reicht es nicht aus, nur einen neuen Flyer auszulegen, sondern es braucht sowohl online als auch im öffentlichen Raum eine Kampagne, die Aufmerksamkeit erzeugt.

Nicht berücksichtigt bleiben leider auch zukünftig Bafög-Empfänger*innen, Personen, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten, und auch Auszubildende, die Berufsausbildungsbeihilfe beziehen. Unser Ziel ist, dass diese Gruppen ebenfalls aufgenommen werden, sobald sich die Organisation des Freiburg-Passes beim Bündnis für Familien etabliert hat und weitere Vergünstigungen hinzukommen. Gerade junge Menschen sollen auch von den Rabatten profitieren können. Es braucht also noch weitere Schritte, bis der Freiburg-Pass sich zu einem Erfolgsmodell mausert.

FDP/Bürger für Freiburg

Wirtschaftsausschuss nimmt Fahrt auf

Vor Kurzem hat Prof. Lars Feld im Wirtschaftsausschuss des Freiburger Gemeinderats über die aktuelle wirtschaftliche Lage berichtet. Er ist ehemaliger Wirtschaftsweiser, Professor für Wirtschaftspolitik an der Uni Freiburg und persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

In Freiburg gibt es sowohl in der Privatwirtschaft als auch in der Forschung unglaublich viel wirtschaftliche Fachkompetenz. Weil wir möchten, dass diese Experten ihre Perspektiven in die Kommunalpolitik einbringen, hat unsere Fraktion die Einrichtung dieses wichtigen Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft vorangetrieben.

Auch die Industrie- und Handelskammer kam im Ausschuss zu Wort und stellte die Ergebnisse einer Betriebsbefragung vor. Die drei größten Risiken für den Standort Freiburg sind demnach: überbordende Bürokratie, Fachkräftemangel, Wohnraumangel.

Das sind Themen, an denen wir als FDP&BfF intensiv arbeiten. Mit dem Piwi-Prozess möchten wir die Verwaltung vereinfachen und effizienter gestalten. Zudem setzen wir uns für die Sanierung der maroden beruflichen Schulen ein und fordern einen klaren Fahrplan zur Stärkung der beruflichen Bildung in Freiburg. Im Bereich Wohnungsbau sind wir es, die seit vier Jahren Druck ausüben und gegen Baubremsen aus dem Baudezernat vorgehen.

Auch der Mobilfunk in der Stadt war ein Punkt auf der Tagesordnung. Durch das Aufheben eines Beschlusses aus den frühen 2000er-Jahren möchte die Stadt Freiburg nun ermöglichen, dass Mobilfunkstationen auch auf städtischen Gebäuden installiert werden können. Hierbei geht es sowohl um Gebiete in Freiburg, in denen es keinen Handyempfang gibt, als auch um den neuesten Mobilfunkstandard 5 G. Dieses ultraschnelle mobile Internet ist für die Wirtschaft und den Verkehr in der Stadt essenziell. Von Echtzeitkommunikation im Remote-Office über Industrie 4.0 bis zu autonomen Fahrzeugen gibt es zahlreiche Anwendungsbereiche in der Stadt. Deshalb begrüßen wir es, dass die Stadt nun den Ausbau beschleunigen will!

Freie Wähler

Grundsteuerreform: Jetzt Klarheit schaffen

Rasant gestiegene Grundstückswerte sowie der in Freiburg aktuell geltende Hebesatz von 600 Punkten, der in Baden-Württemberg nur von Tübingen übertroffen wird, führen zu einer massiven Verunsicherung bei Haus- und Wohnungseigentümern, aber auch bei Bauunternehmen, Genossenschaften und Mietervereinen. Denn letztendlich wird die Grundsteuer über die Mietnebenkosten an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben.

„Da die Stadt bisher zu diesem Thema geschwiegen hat, hat unsere Fraktion nun die Verwaltung aufgefordert, kurzfristig Klarheit über die genaue Berechnung, sprich den anzuwendenden Hebesatz, zu schaffen“, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger. „Unsere Fraktion hat auch darum gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine massive Belastung von gefördertem Mietwohnungsbau zu vermeiden.“ Eine frühzeitige Information der betroffenen Eigentümer und Akteure ist längst überfällig. Zudem haben die Freien Wähler auch nach Möglichkeiten angefragt, die die Höhe der Grundsteuer für den sozial geförderten Wohnungsbau begrenzen können.

Die von der Stadt ab 2025 erhobene Grundsteuer soll insgesamt aufkommensneutral sein. Es soll/darf also keine Erhöhung der Gesamteinnahmen geben. Leider ist zu befürchten, dass sich Freiburg nicht an diese Vorgabe halten will, es also zu einer massiven Mehrbelastung kommen wird.

„Wir fordern nun, dass die Verwaltung zumindest jetzt den Bürgerinnen und Bürgern durch zuverlässige Aussagen über die Höhe der künftigen Grundsteuer ihre Verunsicherung nehmen muss“, findet der Fraktionsvorsitzende.

Belastungsgrenze schon lange überschritten

„Alle unterzeichnenden Städte und Landkreise stehen insbesondere seit Ende Juli erneut unter massivem Druck und gelangen dabei an die Grenzen des Machbaren. Das gemeinsame Schreiben ist ein Hilferuf an die Landesregierung. Dabei geht es uns weniger um Aufmerksamkeit, sondern um eine schnelle Unterstützung“, erklärt unser OB Ende September seinen sogenannten Brandbrief. Derselbe OB, der im Sommer 2018 noch mehr Flüchtlinge nach Freiburg holen wollte, weil angeblich noch Kapazitäten vorhanden waren. Nun, jetzt hat auch die Wohlfühloase Freiburg erkannt, dass Aufnahmekapazitäten, Wohnraum, Schulplätze, Betreuungsangebote sowie die Geduld der Bürger endlich sind. Der Geldstrom, der benötigt wird, um die Flüchtlingswellen seit 2015 zu bewältigen, ebenso.

Meinungsumschwung? Mitnichten. Der OB fordert keineswegs eine Begrenzung der Zuwanderung, sondern lediglich mehr Geld und bessere Verfahren, um dem Zustrom – Bürokrat der er ist – besser Herr werden zu können. Angezeigt sind allerdings nicht Änderungen bei erkennungsdienstlichen und anderen Verfahren, sondern erhebliche Rückführungsanstrengungen bei gleichzeitig sicheren Grenzen. Dann – und nur dann – bleibt unser Sozialstaat ein solcher, werden Verteilungskämpfe unter den Ärmsten verhindert. Nur dann können wir denen helfen, die tatsächlich Hilfe brauchen. Nur dann kann Integration auch gelingen.

Freiburg Lebenswert

Baumfällungen gestoppt

Das Regierungspräsidium Freiburg hatte im Dietenbach Baumfällungen für die Verlegung einer Gasleitung genehmigt. Die Rodungsvorbereitungen waren schon im Gange, aber am 16.10.23 hat das Verwaltungsgericht (VG) Freiburg einem Eilantrag des Naturschutzbunds (NABU) stattgegeben und die aufschiebende Wirkung der Klage angeordnet. Nach Auffassung des Gerichts wurde nicht ausreichend geprüft, ob eine alternative Trasse für die Gasleitung infrage käme. Dabei bezieht sich das Gericht auf einen Vorschlag des NABU, für den weit weniger Wald geopfert würde. Eine diesbezügliche interfraktionelle Anfrage von FL und ESfA wurde zuvor abschlägig beschieden. Wie die Trasse letztendlich verlaufen wird, muss nun im Klageverfahren erörtert werden. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist ein großer Erfolg nicht nur für den NABU und Freiburg Lebenswert, sondern für den Naturschutz insgesamt.

Im Freiburger Klima- und Artenschutzmanifest heißt es: „Gleichwohl ist die Stadt Freiburg angesichts der dramatischen Situation in tiefer Sorge und anerkennt die Eindämmung des Klimawandels und des Artensterbens als wichtigste Aufgabe ihres Handelns und richtet alle ihre Entscheidungen auf die Erreichung dieser Zielsetzungen aus.“ Bezüglich Dietenbachwald, aber auch bei vielen anderen städtischen Entscheidungen wird dieses Manifest bisher weitgehend ignoriert. Bleibt zu hoffen, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichts endlich zu einem Umdenken führt.

Kleine Oasen zum Verweilen

Ein erstes Fazit der temporären Stadtmöblierung in Haslach

In der Markgrafenstraße und in der Carl-Kistner-Straße in Haslach wurden von Juli bis Ende September verschiedene „Stadtmöbel“ aufgestellt: Fahrradbügel, Pflanzenkästen und Sitzgelegenheiten. Die Möbel bildeten kleine Oasen zum Ausruhen und Verweilen. Die Stadt hatte dafür vorübergehend einige öffentliche Parkplätze zur Verfügung gestellt.

Die Aktion im Rahmen der Kampagne „Jetzt oder now“ hat gezeigt, wie öffentlicher Straßenraum umgestaltet werden kann. Sie sollte einen Eindruck davon vermitteln, was im Stadtteil denkbar ist und wie dieser noch attraktiver werden könnte. Die Möbel hat das Verkehrsministerium Baden-Württemberg im Rahmen des Projekts „Temporäre Umgestaltung von Ortsmitten“ kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Interessierte konnten sie in Augenschein nehmen, ausprobieren und über einen Briefkasten Rückmeldungen zur Aktion abgeben. Viele nutzen außerdem am 15. September die Gelegenheit zum Austausch an einem Informationsstand am Dorfbrunnen Ecke Uffhauser/Carl-Kistner-Straße.

Pro und Contra

Die temporäre Stadtmöblierung erregte im Aktionszeitraum einige Aufmerksamkeit – in Haslach und darüber hinaus. Vor Ort, in den Kommentaren auf der städtischen Webseite und in den sozialen Medien wurde teilweise sehr kontrovers diskutiert. Auch zahlreiche Zuschriften zeigten, dass die Umgestaltung des öffentlichen Raums ein Thema ist, das viele bewegt. Um die vielfältigen Perspektiven und Argumente aufzunehmen, wurden alle Kommentare, die über die verschiedenen Kanäle eingingen, dokumentiert und ausgewertet.

Mehr Platz für Fahrräder

Sehr viele Rückmeldungen fielen positiv aus: Große Wertschätzung fanden vor allem die Sitzgelegenheiten und die Fahrradabstellmöglichkeiten. „Ich habe mich gleich gefreut, als ich heute einen ‚richtigen‘ Platz für mein Fahrrad fand“, schrieb jemand per E-Mail. „Dann entdeckte ich auch den runden Sitzplatz mit Begrünung – sehr schön!“

Weniger für Autos

Die Aktion wurde vielfach als wichtiger Schritt in Richtung einer klimafreundlichen Stadt mit einer hohen Lebensqualität bewertet. Kritik gab es aufgrund möglicher negativer Konsequenzen für das ortsansässige Gewerbe. So stand in einer Rückmeldung: „Man muss auch überlegen, was es mit dem Einzelhandel in dem Abschnitt macht. Ich kaufe nicht mehr in dem Bereich ein, da ich nirgends parken kann.“ In einer Unterschriftensammlung sprachen sich circa 750 Personen gegen die vorübergehende Reduktion der Parkgelegenheiten für Autos aus.

Schließlich kam in vielen Rückmeldungen auch ein geteiltes Stimmungsbild zum Ausdruck: Die Idee der Umgestaltung des öffentlichen Raums stieß zwar grundsätzlich auf große Zustimmung, bei der praktischen Umsetzung wurde jedoch Verbesserungspotenzial erkannt, insbesondere bei der Platzierung und der Auswahl der Möblierungselemente.

Großer Wurf kann starten

Rückendeckung des Gemeinderats für Mundenhof-Konzept

Der Mundenhof wird erweitert und weiterentwickelt – dem Konzept dafür hat der Gemeinderat einstimmig zugestimmt. Das städtische Tiergehege hatte kürzlich einen 20 Millionen Euro starken Masterplan vorgelegt. Mit diesem „großen Wurf“ will es auf wachsende Besucherströme reagieren.

Der Mundenhof ist räumlich begrenzt: durch die Autobahn A5, ein Natur- und Vogelschutzgebiet sowie künftig durch den Stadtteil Dietenbach mit bis zu 16 000 Menschen. Daher müsse er sich „mit klugen und kreativen Ideen im Inneren entwickeln“, sagte die für das Tiergehege zuständige Forstamtsleiterin Nicole Schmalfuß kürzlich bei der Vorstellung des Konzepts.

Geplant ist unter anderem eine Zukunftsschmiede. Entstehen soll dieser Lernort für Bildung zur nachhaltigen Entwicklung im historischen Schmiedegebäude. Wasch- und Tankplatz, die bislang dort untergebracht sind, ziehen zum neuen Betriebshof um (siehe Amtsblatt vom 30.9.).

Zweites großes Projekt ist, als Angebot für Regentage, eine Spielscheune im Dachgeschoss des historischen Kuhstalls sowie ein Restaurant im Erdgeschoss. Außerdem ist ein inklusiver Erlebnishof geplant, in dem Menschen mit besonderen Bedarfen gemeinsam Getreide und Gemüse anbauen sowie Tiere halten können.

Auch der im Herzen des Mundenhofs ansässige Verein „Reitclub 99“ wird in das Konzept miteinbezogen: Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, einen Erbbaurechtsvertrag für die vom Reitclub genutzten Flächen zu verhandeln. Das schafft Planungssicherheit, und der Verein könnte seine sanierungsbedürftige Reithalle abreißen und an anderer Stelle neu bauen. Das frei werdende Gelände möchte der Mundenhof als Grün- und Spielflächen nutzen. Geplant ist auch, bis 2026 Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gebäude zu installieren.

Außerdem beschloss der Gemeinderat, dass das Tagesticket fürs Parken ab 2024 von April bis einschließlich August auch unter der Woche zehn statt wie bislang fünf Euro kostet.

Für die Erweiterung wären in den nächsten zehn Jahren Investitionen von knapp 20 Millionen Euro nötig, knapp die Hälfte davon bereits bis 2026. 4,3 Millionen Euro sollen aus dem städtischen Haushalt kommen, 590 000 Euro aus der Sonderrechnung Dietenbach.

Gemeinderat in Kürze

Schweigeminute für Israel

Mit einer Schweigeminute für Israel begann die jüngste Gemeinderatssitzung. „Der brutale Terror der Hamas macht uns tief betroffen“, sagte Oberbürgermeister Martin Horn und ergänzte: „Mit unseren Gedanken sind wir bei den Angehörigen und allen unschuldigen Opfern – unabhängig von Nationalität und Religion.“

Defibrillatoren in der Stadt

Der Gemeinderat hat einen Sachstandsbericht zum Netz und zur Verfügbarkeit von Laiendefibrillatoren (Automatische Externe Defibrillatoren, kurz AED) im Stadtgebiet zur Kenntnis genommen. Grundlage dafür ist ein interfraktioneller Antrag von den Grünen, Eine Stadt für alle und der SPD/Kulturliste. Aus dem Bericht geht hervor, dass in Freiburg seit diesem Frühjahr zwei AEDs in der Tourist-Info am Rathausplatz hängen; sie sind während der Öffnungszeiten zugänglich. Öffentlich zugängliche AEDs gibt es unter anderem im Eingangsbereich des Bestandsbaus vom Rathaus im Stühlinger, an den Feuerwehrhäusern sowie an den Ortsverwaltungen Ebnet und Waltershofen, an der Schlossbuckhalle und dem Dreschschopf in Munzingen, an der Schule Günterstal sowie am Michael-Denzlinger-Haus Hochdorf. Auch an vielen anderen Schulen gibt es AEDs, die allerdings nicht öffentlich zugänglich sind. Die Kosten für einen Defibrillator liegen bei 5000 bis 6000 Euro, sie werden zum Teil über Spenden oder vom städtischen Gebäudemanagement getragen.

Übersicht aller AEDs in Freiburg: www.freiburg.de/gesundheits (unter „Defibrillator finden“)

Trennung von Amt und Mandat

Eine klare Trennung von ehrenamtlichem Mandat und bezahlter Fraktionsmitarbeit fordern Freie Wähler, SPD, CDU, FDP/BfF sowie FL in einem gemeinsamen Antrag. Ihr Wunsch: Nach der kommenden Kommunalwahl im Juni 2024 soll es nicht mehr möglich sein, gleichzeitig zum Stadtratsmandat als Angestellte für die eigene Fraktion zu arbeiten. Die Grünen, die von dieser Änderung als aktuell einzige Fraktion betroffen wären, lehnen den Vorschlag „kategorisch ab“, so ihr Fraktionsvorsitzender Simon Sumbert. Eine Entscheidung über diese Frage soll spätestens Anfang 2024 fallen.

Neugestaltung Platz der Begegnung

Der Gemeinderat hat dem Entwurf für die Neugestaltung des Platzes der Begegnung in Landwasser zugestimmt. Der zentrale Platz wurde, wie der gesamte Stadtteil, in den 1960er- und 70er-Jahren gebaut. Für den Neubau eines angrenzenden Einkaufszentrums musste die Baufirma den veralteten Platz abreißen.

Bis zum ersten Halbjahr 2025 soll ein neuer Begegnungsort mit Brunnen, Grüninseln, bogenförmigen Sitzelementen und informellem Spielangebot entstehen. Auch die Außengastronomie am Platz wird in den Entwurf eingebunden. Die Landschaftsarchitekten achten gleichzeitig auf ausreichend Platz für konsumfreie Räume sowie Barrierefreiheit. Für die Neugestaltung sind zwei Millionen Euro veranschlagt.

Neue Gebühren in Unterkünften

Der Gemeinderat hat neue Gebühren für die Nutzungen von Unterkünften für Geflüchtete und für wohnungslose Menschen beschlossen. Damit wird einerseits den gestiegenen Kosten Rechnung getragen, andererseits die gesetzliche Verpflichtung zur Neukalkulation erfüllt. Dabei hat die Verwaltung das Ziel verfolgt, die Gebührenhöhe auf ein sozial vertretbares Maß zu begrenzen und gleichzeitig Anreize zu Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt zu schaffen. Aus diesem Grund werden die Gebühren für Selbstzahler nicht erhöht; sie erhalten künftig eine Reduzierung von 48,5 Prozent gegenüber dem Regelbetrag. Dieser liegt ab 1. Januar bei 600 Euro pro Monat im Einzelzimmer, 420 Euro im Mehrbettzimmer und 100 Euro für Minderjährige. Für Menschen, die in Wohnungen untergebracht sind, gelten nach Wohnungsgröße gestaffelte Gebühren.

Wettbewerb fürs Quartiershaus

Der Quartiersplatz im ersten Bauabschnitt des neuen Stadtteils Dietenbach soll eine wichtige Funktion als Begegnungs- und Erholungsraum übernehmen. Das dort gelegene Quartiershaus soll neben einer sechsgruppigen Kita auch Räume für das erste Quartierszentrum Q1 bereitstellen. Jetzt hat der Gemeinderat bei nur einer Gegenstimme den Auslobungstext für den Realisierungswettbewerb beschlossen. Bis Ende Mai 2024 sollen die teilnehmenden Büros ihre Entwürfe einreichen, voraussichtlich im Oktober 2024 wird das Preisgericht die Sieger küren und öffentlich vorstellen.

Grundstücke im Güterbahnareal

Die Bauarbeiten auf dem Güterbahnhofareal gehen voran. Durch den Verkauf oder die Übertragung einzelner Grundstücke von der Eignerin Aurelis GmbH an die Stadt Freiburg und den damit verbundenen Ablösezahlungen sind jetzt alle grundstücksbezogenen Verpflichtungen zwischen Stadt und Aurelis erfüllt. Damit kann das geplante Multifunktionsgebäude realisiert werden, das neben Quartiersräumlichkeiten, einem Kinder- und Jugendtreff sowie einer Unterbringung für geflüchtete Menschen auch eine Freizeit- und Bewegungsfläche auf dem Dach beherbergen soll. An anderer Stelle entsteht zusammen mit 76 geförderten Mietwohnungen eine viergruppige Kita in städtischer Trägerschaft. Sie wird von der Freiburger Stadtbau (FSB) schlüsselfertig gebaut und vom Gebäudemanagement der Stadt Freiburg erworben. Alle erforderlichen vertraglichen Anpassungen hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.

(Gemeinderat, 24. Oktober)

Treffen der Gemeinderäte aus Mulhouse und Freiburg

Die deutsch-französische Freundschaft ist kein Papiertiger. Um sich auszutauschen und in Kontakt zu bleiben, treffen sich die Gemeinderäte aus Mulhouse und Freiburg seit 1990 regelmäßig. Beim bereits 15. Treffen der beiden Stadtparlamente ging es dieses Mal um Themen der Stadtentwicklung und der Kulturpolitik. Außerdem wurde eine gemeinsame Protestnote unterzeichnet. Die beiden Städte setzen sich damit für eine Verbesserung auf der grenzüberschreitenden Bahnstrecke zwischen Freiburg und Mulhouse ein. Hier fahren seit Monaten keine Züge. „Wir sind enttäuscht und schockiert“, heißt es in dem Schreiben gleich zu Beginn. Auch das macht Freunde aus: gemeinsam für eine Sache zu kämpfen.

Finale in Littenweiler

Viele kritische Nachfragen zum Stadtbahnprojekt – 90 Interessierte im voll besetzten Bürgersaal

Nach fast genau fünf Jahren und 25 Stadtteilbesuchen erlebte die Bürgergesprächsreihe „OB vor Ort“ vorige Woche in Littenweiler ihr Finale. Einmal mehr war die Veranstaltung mit Martin Horn gut besucht – rund 90 Interessierte waren in den Bürgersaal in Littenweiler gekommen.

ob vor ort

Am 20. September 2018 startete der neu gewählte Oberbürgermeister sein Veranstaltungsformat „OB vor Ort“ in Munzingen. Seither hat Martin Horn, dem Alphabet folgend, alle Freiburger Stadtteile und Ortschaften besucht. Warum der Auftakt damals am Tuniberg stattfand, war auch beim Finale in Littenweiler kurz Thema. Im Wahlkampf habe er seinerzeit den Eindruck gewonnen, dass für viele Freiburger die Stadt an der Autobahn ende. Die Ortschaften mehr ins städtische Bewusstsein zu rücken, war damals das Ziel und ist dem OB bis heute ein wichtiges Anliegen.

Anfangs war „OB vor Ort“ noch stark geprägt von der Neugierde auf den neuen, jungen Oberbürgermeister – für viele war es der erste persönliche Kontakt mit dem frisch gewählten Stadtoberhaupt. Mehr und mehr setzte sich bei den Veranstaltungen aber die eigentliche Idee der Gesprächsreihe durch: dass Bürgerinnen und Bürger „ihre“ Themen aus dem Stadtteil vortragen und sagen können, wo der Schuh drückt.

Viele Problemlösungen

In seiner Halbzeitbilanz nach vier Jahren im Amt betonte Martin Horn, wie wichtig dieser direkte Kontakt für ihn sei. „Ganz viel!“, antwortete er damals auf die Amtsblatt-Frage, was er aus den Gesprächen mitnehme. „Oft sind es Kleinigkeiten, die man direkt ausräumen kann. Das hat schon zu vielen, ganz unspektakulären Problemlösungen geführt.“ Dass das klappt, ist auch dem kleinen Rathausteam zu verdanken, das ihn bei seinen Gesprächen begleitet. Social-Media-Referentin Katja Heinrich sorgt dafür, dass alle Fragenstellenden zu Wort kommen. Und Stadtteilreferent Joachim Fritz kümmert sich darum, dass alles, was am Abend selbst zu sehr ins Detail geht, im Nachgang geklärt wird.

Stadtbahn im Fokus

Das Bürgergespräch in Littenweiler war in vielerlei Hinsicht ein Abbild der Gesprächsreihe. In der Tendenz wird eher Kritik geäußert – die Zufriedenen bleiben bei solchen Gelegenheiten still oder gleich zu Hause. Ungewöhnlich war aber, dass sich der Abend gut zur Hälfte nur um ein einziges Projekt drehte: die geplante Stadtbahnverlängerung von der heutigen Endhaltestelle in der Laßbergstraße bis zum Kappler Knoten. Sorgen bereiten offenkundig etwaige Baumfällungen, der Wegfall von Parkplätzen, das Schienenquietschen, ein Verkehrschaos am Bahnhof Littenweiler, durch den Bahnverkehr gesperrte Rettungswege oder auch der vermeintliche Wegfall der Unterkunft am Kappler Knoten. Andere Wortmeldungen wünschten Informationen zu Querungsmöglichkeiten der neuen Stadtbahntrasse, zum Fortbestand der heutigen Buslinie 17 oder zur Nutzung der Laßbergsschleife.

Für alle diese oft tief ins Detail gehenden Fragen verwies der Oberbürgermeister auf zwei Veranstaltungen, die demnächst geplant seien. Mitte Dezember findet eine große Auftaktveranstaltung für alle Zukunftsprojekte im Stadtteil statt. Und im Frühjahr wird es eine Infoveranstaltung geben, bei der der aktuelle Stand zum Stadtbahnbau vorgestellt wird. An der Richtigkeit der generellen Planungen ließ Horn aber keinen Zweifel. Insbesondere der vorgesehene P&R-Platz am Kappler Knoten werde einen erheblichen Beitrag zur Verkehrsentlastung leisten.

Wärmenetz und Workshops

Fast den Charakter eines Co-Referats hatte die Wortmeldung des ehemaligen Stadtplanungsamtschefs Wulf Daseking, der selbst an der Grenze des Stadtteils wohnt. Am dringlichsten im Freiburger Osten sei der Aufbau eines Fernwärmenetzes zwischen Dreisamstadion, Strandbad und PH. Außerdem regte er für die Planungen rund um die Laßbergsschleife eine große Bürgerbeteiligung mit Workshops an. Eine Vorfestlegung als Standort für einen Lebensmittelmarkt dürfe es dort nicht geben, so Daseking. Der sei viel besser am Bahnhof aufgehoben. Volle Unterstützung gab es vom Stadtplaner für die Stadtbahnverlängerung: Richtig und notwendig sei die, befand Daseking.

In Sachen Wärmenetz machte OB Horn seinem früheren Amtsleiter indes wenig Hoffnung: „Das ist aktuell nicht vorgesehen.“ Dafür tue sich aber etwas in Sachen Geothermie: Demnächst werde die Stadt den Standort für ein erstes Projekt verkünden. Den Ball zur Bürgerbeteiligung spielte der OB mit Verweis auf die Veranstaltung Mitte Dezember zurück.

Emotionaler Exkurs

Die emotionale Wortmeldung einer Lehrerin an der Reinhold-Schneider-Schule zu fehlenden Perspektiven, um die am Kappler Knoten untergebrachten Geflüchteten besser zu integrieren, veranlasste den Oberbürgermeister zu einem kaum weniger emotionalen Exkurs. Die aktuelle Situation sei für die Kommunen wegen des Mangels an verfügbarem Wohnraum sehr herausfordernd. Deswegen habe man sich auch gemeinsam mit anderen Städten und Landkreisen mit einem eindringlichen Appell an den Ministerpräsidenten gewandt: „Wir schaffen das nicht mehr!“ Gleichzeitig warnte er vor einer „Entmenschlichung der Debatte“ und machte mit klaren Worten deutlich, was er von „einfachen Lösungen“ hält: „Wer gegen Seenotrettung ist, der ist dafür, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.“

Was gab es noch?

In einzelnen Wortmeldungen kamen weitere Themen zur Sprache, die so oder so ähnlich fast bei jedem „OB vor Ort“ vorgetragen wurden. Zunehmende Vermüllung und Graffiti-Schmierereien beklagten zwei Anwesende. Dass die lange Liste der städtischen Bemühungen, zuletzt mit der Kampagne „Augen auf!“ und vielen zusätzlichen Abfalleimern letztlich ein Kampf „David gegen Goliath“ und manches in einer Großstadt einfach auch normal sei, entgegnete der OB.

Einen Jugendtreff für Ebnet, Littenweiler und Kappel wünschte sich eine Mutter für ihre drei Jungs – vergeblich. OB Horn sagte, dass es in unmittelbarer Nachbarschaft das Haus 197 gibt: „Eine zusätzliche Einrichtung sehe ich aktuell nicht.“ Dieselbe Bürgerin sprach dann noch einen anderen stadtweiten Dauerbrenner an: Geschwindigkeitsüberschreitungen. Den Vorwurf mangelnder Kontrollen konnte der Oberbürgermeister entkräften; im gesamten Stadtteil gab es im vergangenen Jahr 1830 Tempokontrollen mit 226 Tempoüberschreitungen.

Und was kommt dann?

Nach rund eineinhalb Stunden endete das vorerst letzte OB-Bürgergespräch. Wann und in welchem Format „OB vor Ort“ fortgesetzt wird, ist noch nicht entschieden. Sicher ist aber: Auch zukünftig wird es in den Stadtteilen und Ortschaften regelmäßig Gelegenheit geben, seine Anliegen dem Oberbürgermeister vorzutragen.

Alle Stadtteilgespräche unter: www.freiburg.de/ob-vor-ort

Platz für den Weihnachtsmarkt

Das Klimacamp muss den Rathausplatz im November vorübergehend räumen

Damit der Weihnachtsmarkt wie gewohnt stattfinden kann, hat die Stadt entschieden, dass das Klimacamp Anfang November den Rathausplatz temporär verlassen muss. Außerdem dürfen nach Ende des Marktes nur zwei der heute vier Zelte wieder aufgebaut werden. Seit Jahresanfang waren erfolglos Gespräche über einen vorübergehenden Alternativstandort geführt worden.

Das Klimacamp hat Widerspruch gegen die Verfügungen der Stadt vom August eingelegt, diesen jedoch nicht begründet. Da Sofortvollzug angeordnet wurde, hat dieser Widerspruch keine aufschiebende Wirkung. Am 24. Oktober hat das Camp Eilrechtsschutz beim Verwaltungsgericht Freiburg gegen die mit Sofortvollzug angeordnete Räumung der Zelte für den Weihnachtsmarkt eingelegt, über den das Gericht nun entscheiden muss. Die Stadt geht davon aus, dass das Gericht ihre sorgfältig begründete Verfügung bestätigen wird und das Camp den Platz Anfang November verlassen muss.

Die Vorbereitungen laufen

Derweil wird die Beleuchtung für den 50. Weihnachtsmarkt aufgehängt. Die Vorbereitungen laufen, und die gegenüber dem Klimacamp erlassene Verfügung werde „gegebenenfalls auch mit einem Abbau der vier Zelte durch die Stadtverwaltung“ umgesetzt, so Bürgermeister Stefan Breiter. „Dass das Camp den Rathausplatz zeitweise für den traditionellen Weihnachtsmarkt in der Freiburger Altstadt frei machen muss, ist schon seit Anfang des Jahres Gegenstand von Gesprächen mit dem Klimacamp-Bündnis. Unsere Angebote bezüglich der Ausweichstandorte am Platz der Alten Synagoge und dem Platz vor dem Rathaus im Stühlinger stehen nach wie vor.“

Zum Hintergrund

Seit Juli 2022 wird im Rahmen des Klimacamps auf dem Rathausplatz demonstriert. Die Aktion steht unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit. Es sind vier große Zelte aufgebaut. Ein Informationszelt dient als Anlaufstelle für die Öffentlichkeit, ein Schlafzelt wird zum Übernachten genutzt. Darüber hinaus gibt es ein Zelt, das die Aktivistinnen und Aktivisten als „Salon des guten Lebens“ bezeichnen. Das vierte Zelt ist ein Lager für Material.

Die beiden letztgenannten Zelte stehen nach Auffassung der Stadtverwaltung nicht unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit. Sie haben nicht den erforderlichen inhaltlichen Bezug zur bezweckten Meinungskundgabe. Zudem sind sie nicht notwendig für die logistische Infrastruktur des Camps. Aus diesem Grund sollen sie entfernt werden.

Gleichwertige Rechte

Außerdem soll der Weihnachtsmarkt wie gewohnt stattfinden können. Die Stadt kann in die Versammlungsfreiheit nur eingreifen, wenn mindestens gleichwertige Rechte entgegenstehen. Prinzipiell gibt es keine zeitliche Grenze für eine Versammlung. Jedoch: Je länger ein Protestcamp andauert, desto stärker sind bei der Abwägung die Rechte Dritter und öffentliche Belange zu berücksichtigen. Das Camp ist bis ins Jahr 2035 angemeldet.

Die Verwaltung sieht vor allem die Grundrechte der Berufs- und Gewerbefreiheit der Marktleute eingeschränkt. Die Standbetreibenden und die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe als Veranstalterin brauchen zudem Planungs- und Rechtssicherheit.

Den Weihnachtsmarkt in Freiburg gibt es seit 1973, der Rathausplatz war der erste Standort. Am 25. Dezember könnten die Aktivistinnen und Aktivisten mit zwei Zelten dorthin zurückkehren.

Freiburg-Pass ausgeweitet

Angebot gilt bald auch für Wohngeldempfänger

Der Freiburg-Pass soll die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben in Freiburg durch kostenlose und ermäßigte Angebote für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Ab Januar 2024 sollen noch mehr Menschen davon profitieren.

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass ab Januar 2024 auch Menschen, die Wohngeld erhalten, den Freiburg-Pass beantragen können. Mit dem Pass erhalten berechnigte Personen vergünstigten Eintritt in verschiedene kulturelle Einrichtungen der Stadt, beispielsweise im Theater Freiburg, in den städtischen Bädern und Museen. Bislang konnten den kostenlosen Pass nur Bürgerinnen und Bürger beantragen, die Grundsicherung für Arbeitssuchende, Leistungen der Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.

Im Rahmen dieses Beschlusses stimmten die Stadträtinnen und Stadträte auch der Kooperation mit dem Freiburger Bündnis für Familien e.V. zu. Künftig wird der Freiburg-Pass zusätzlich zu den drei städtischen auch an den 20 Ausgabestellen des Bündnisses angeboten.

Obwohl der Beschluss einstimmig gefasst wurde, gab es Diskussionen im Plenum. Grünen-Stadtrat Hannes Wagner kritisierte, dass 2021 nur 700 von 16 000 Antragsberechtigten einen Freiburg-Pass besaßen. Auch Ludwig Striet von der Fraktion SPD/Kulturliste wies auf dieses Problem hin und forderte sowohl eine Verbesserung der Bewerbung als auch des Angebots. CDU-Stadtrat Klaus Schüle verwies derweil auf fehlendes Personal für offensive Öffentlichkeitsarbeit.

Um die Bewerbung des Passes ging es auch bei einem der beiden Änderungsanträge. Der Antrag von Jupi und SPD, der den bislang mäßig nachgefragten Freiburg-Pass durch eine Investition in die Öffentlichkeitsarbeit bekannter machen möchte, fand eine Mehrheit. Die Stadtverwaltung muss jetzt prüfen, ob das bestehende Budget für Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Freiburg-Passes umgeschichtet werden kann.

Ein weiterer interfraktioneller Antrag von Esfa, FW, FL, Jupi, SPD/Kulturliste und den Grünen fordert, die Ermäßigung für das Keidel-Bad deutlich zu erhöhen, wurde mehrheitlich angenommen. Bisher liegt die Ermäßigung hier bei nur einem Euro.

www.freiburg.de/freiburgpass

Sanierungsoffensive für Schultoiletten

Den Start macht die Lortzingschule mit WC-Anlagen für 330 000 Euro

Schultoiletten sind ein Dauerthema. Das Problem: Ihr Zustand lädt häufig nicht unbedingt zum Wohlfühlen ein. Damit künftig jeder Schüler und jede Schülerin eine ordentliche Toilette vorfindet, unterstützt die Stadt Schulen im aktuellen Doppelhaushalt mit zusätzlich 750 000 Euro für Sanierungsmaßnahmen. Gleichzeitig sollen auch Nutzerinnen und Nutzer für den Zustand der Anlagen Verantwortung übernehmen.

„Es ist kein sexy Thema, aber ein wichtiges.“ So begrüßte OB Martin Horn die Zuhörenden, als er gemeinsam mit Andrea Katzer, Chefin des Gebäudemanagements (GMF), die frisch sanierten Toiletten der Lortzingschule vorstellte. Für die Sanierung wurden im letzten und im aktuellen Doppelhaushalt zusätzlich insgesamt 330 000 Euro bereitgestellt. Weitere 500 000 Euro werden im kommenden Jahr in Toilettensanierungen an Schulen investiert – zusätzlich zu den Projekten, die aktuell schon laufen.

Meist Kernsanierung nötig

Die Sanierung von Schultoiletten ist wichtig, aber kompliziert. Andrea Katzer vom GMF verwies darauf, dass die Räume meist bis auf den Rohbau zurückgebaut werden müssen, um Leitungen, Fliesen und Estrich erneuern zu können. Im Idealfall wird dann ein ganzer Strang vom Keller bis zum Dach erneuert – wie jetzt in der Lortzingschule.

Für fünf Monate war die Grundschule aufgrund der Arbeiten alles andere als ein stilles Örtchen. OB Horn erinnerte beim Ortstermin daran, dass die Schule einiges mitmachen musste: „Der ganze Lärm, Staub und Schmutz, das Ausweichen auf andere Sanitärbereiche, all das ist eine Belastung für alle Beteiligten. Mein besonderer Dank gilt der Schulleitung, den Lehrkräften sowie dem Schulteam und natürlich allen Schülerinnen und Schülern. Für ihre Geduld werden sie nun mit modernen Anlagen belohnt.“

Vandalismus

Wer dachte, der Oberbürgermeister hätte wichtigere Geschäfte zu verrichten, als die Eröffnung von Schultoiletten, unterschätzt die Sprengkraft des Themas. Der Zustand von schulischen Sanitäranlagen erhitze häufig die Gemüter, sowohl die der Schülerinnen und Schüler als auch der Eltern. Der häufig geäußerte Verdacht, dass Toiletten allein aufgrund ihres Alters unhygienisch seien, treffe aber nicht immer zu, so Katzer. Oft sei entscheidender, wie Schülerinnen und Schüler mit „ihren“ Sanitärbereichen umgingen. Wenn auf Tiktok eine Challenge laufe, welche Schule mehr Toiletten mit Klopapier verstopfe, hätten die Gebäudemanagerin und die Reinigungskräfte meist das Nachsehen. Daher appellierte Katzer auch an die Nutzerinnen und Nutzer der Toiletten, umsichtig mit den Anlagen umzugehen.

Weitere Sanierungen

Momentan laufen weitere WC-Sanierungen an sechs Schulen. An der Deutsch-Französischen Grundschule sind beispielsweise gerade die letzten Arbeiten fertig geworden. Dort hat das GMF neben der Sanierung der WCs auch Büros für die Schulkindbetreuung und den Hausmeister geschaffen. Die Kosten betragen 330 000 Euro. An der Vigeliusschule und Max-Weber-Schule sind umfassende Sanierungen geplant, für die insgesamt 3,7 Millionen Euro investiert werden. Das GMF priorisiert in Abstimmung mit dem Amt für Schule und Bildung die Reihenfolge anhand der aktuellen Zustände.

Das Gedächtnis der Stadt zieht um

Abschied vom Haus zum Herzog: Das Stadtarchiv zieht bis Januar in einen Neubau an der Messe

Seit 1957 beherbergt das Haus zum Herzog mit dem Stadtarchiv das Gedächtnis Freiburgs. Jetzt räumt eine Spedition das geschichtsträchtige Gebäude in der Salzstraße aus. Die wertvolle Fracht wird anschließend in ihr neues Zuhause gebracht: einen Neubau an der Neuen Messe. So wird ab Anfang Januar das Alte mit dem Neuen vereint.

Herausgewachsen

Die Spediteure tragen T-Shirts, als sie neun Jahrhunderte Stadtgeschichte in Umzugskartons aus dem Haus zum Herzog tragen – bei nur sieben Grad. Die vielen Treppen des historischen Gebäudes stellen eine schweißtreibende Herausforderung dar.

Warum das schöne und geschichtsträchtige Haus zum Herzog im Herzen Freiburgs verlassen? Diese Frage wurde Archivleiter Andreas Jobst in den letzten Jahren häufig gestellt. „Das Haus zum Herzog hat Geist, Seele und Geschichte“, erklärt Jobst bei einem Rundgang durch den Keller des alten Gebäudes. Beim Anblick der Grundmauern aus dem zwölften Jahrhundert wirkt er fast etwas emotional. „So was kann ein Neubau aus Beton nicht. Aber eine moderne Archivnutzung ist hier einfach nicht möglich. Wir platzen aus allen Nähten.“

Lange Suche

Diese Erkenntnis zog eine langwierige Suche nach einer geeigneten Herberge für die Zeugnisse der Freiburger Stadtgeschichte und ihrer Hüterinnen und Hüter nach sich. Als 2018 die Entscheidung für den Neubau an der Messe gefallen war, folgten weitere Verzögerungen: Die Coronapandemie kam in die Quere, und auch am Raumklima in den Magazinen musste länger getüftelt werden. Die hohen klimatischen Anforderungen waren nicht leicht zu erfüllen, aber essenziell für die empfindlichen Dokumente. Unglaublich alte und unersetzbare Zeugnisse der Geschichte, wie beispielsweise eine Urkunde des Papstes Honorius II. aus dem Jahr 1125, möchten entsprechend schonend gelagert werden. Diesen Oktober, drei Jahre später als ursprünglich geplant, konnte der Umzug dann endlich beginnen.

Der Neubau

Archivleiter Jobst lächelt zufrieden, als er dem Amtsblatt die brandneuen Magazinräume, den Lesesaal und die Büroräume präsentiert. „Sie sind die ersten Pressevertreter hier, die eine Führung bekommen“, freut er sich. Der Neubau, Kopfbau II genannt, kann sich mit seinen hellen und großen Räumen mehr als sehen lassen.

Das neue Gebäude bietet aber nicht nur deutlich mehr Platz: Die Räume sind maßgeschneidert für die Arbeitsprozesse im Stadtarchiv und sollen die Abläufe für die Archivarinnen und Archivare sowie Nutzende vereinfachen. Der Archivleiter spricht nicht nur von Fortschritt, sondern von einem „Quantensprung“ für die Arbeitsabläufe im Archiv. „Früher mussten wir auf zwei Außenmagazine ausweichen“, erklärt er. „Jetzt haben wir alles an einem Ort.“ Auch das ewige Schleppen von Archivalien wird nach dem Umzug ein Ende haben. Während das Haus zum Herzog viele Treppen und keinen Aufzug vorweist, ist der Neubau komplett barrierefrei.

Archiv- und Bildungsarbeit

Zudem ist das neue Stadtarchiv top ausgestattet für moderne Archivarbeit. Neben mehreren Räumen für Restaurierungsarbeiten, klimatisierten Magazinen, einem Quarantänerraum für archivarisches Neuzugänge, bei denen Schimmelbefall befürchtet wird, sowie Rollregalen aus verzinktem Stahlblech freut sich Jobst ganz besonders über den neuen Veranstaltungsraum: „Der hat im Haus zum Herzog wirklich gefehlt. So ein Raum ist wichtig für historische Bildungsarbeit mit Schulen und Studierenden“, erklärt er.

Komplizierter Umzug

Trotz aller Vorfreude: Der Umzug stellt eine große logistische Herausforderung dar. Es gilt auf einiges zu achten: Kartons waagrecht tragen, alles gut auspolstern und niemals die Reihenfolge aus den Augen verlieren. Um Letzteres sicherzustellen, ist immer mindestens ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin des Stadtarchivs beim Ein- und Ausräumen vor Ort.

Der „schwerste Brocken“ des Umzugs, so der Speditionschef Erich Quennet, sind die stählernen Karteischränke mit Einwohnermeldekarten im Keller des alten Stadtarchivs: „Wir sprechen hier von 200 bis 300 Kilo pro Schrank“, erklärt er. Aber auch hier hat man eine kreative Lösung gefunden: Mit einem Podest und Treppenlift, den Quennet als eine Art „elektronischen Sackkarren“ beschreibt, sollen auch diese sperrigen Schränke aus dem engen Keller gehievt werden können.

Bis alle Zeugnisse der Freiburger Stadtgeschichte umgezogen sind, können die Archivarinnen und Archivare nur schriftliche Anfragen bearbeiten. Am Dienstag, 2. Januar 2024, öffnet das Stadtarchiv dann am neuen Standort seine Tore. (tru)

Kurz erklärt

Was macht das Stadtarchiv?

Das Stadtarchiv ist das Gedächtnis der Stadt. Es sammelt Unterlagen der Stadtverwaltung sowie der Bürgerschaft und prüft, ob sie archiviert werden müssen. Wenn sie als historisch, juristisch oder kulturell bedeutsam eingestuft werden, bewahrt sie das Stadtarchiv auf. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann diese Dokumente einsehen, beispielsweise um rechtliche Ansprüche zu sichern oder aus historischem Interesse. Auch das Stadtarchiv selbst forscht zu den schriftlichen Quellen in seinem Besitz und publiziert die Ergebnisse.

Was lagert im Stadtarchiv Freiburg?

Was nicht schriftlich überliefert ist, läuft Gefahr, vergessen zu werden. Daher sind Archive essenziell für die Geschichtsschreibung. Die umfangreichen Bestände des Stadtarchivs reichen 900 Jahre zurück und beinhalten ganz unterschiedliche Dokumente von mittelalterlichen Urkunden über Ratsprotokolle in 700 Bänden bis hin zu Nachlässen und Fotos.

Ein Wintermärchen im Stadttheater

Ein Märchen voller Widersprüche, Wahn und Wendungen. Der israelische Regisseur Yair Sherman inszeniert Shakespeares „Das Wintermärchen“ als existenzielle Zeitreise, in der sich der gealterte König Leontes seiner grausamen Vergangenheit stellt. Das Wintermärchen ist am Samstag, 28. Oktober, und am Mittwoch, 1. November, zu sehen.

Nächste Runde bei „Auf Jahr und Tag“

Vortragsreihe zu historischen Orten

Orte im frühneuzeitlichen Freiburg“ ist der Titel der nächsten Runde in der Reihe „Auf Jahr und Tag“. Diese sehr erfolgreiche Freiburger Vortragsreihe, die seit zwölf Jahren von einer Gruppe aus allen wichtigen Institutionen der Freiburger Stadtgeschichtsforschung organisiert wird, findet jetzt wieder im zweiwöchentlichen Rhythmus statt.

Im Mittelpunkt stehen diesmal bekannte Orte wie der Münsterplatz, die Aula der Universität oder das Kageneck'sche Haus. Thematisiert werden aber auch weniger offensichtliche „Orte“ wie der Stadtwald. Das Team aus Mitgliedern des Historischen Seminars der Universität Freiburg, des Alemannischen Instituts, des Breisgau-Geschichtsvereins Schauinsland, des Landesvereins Badische Heimat, des Freiburger Münsterbauvereins und des Stadtarchivs Freiburg hat zehn Freiburger Orte ausgewählt, die exemplarisch für die Jahrhunderte zwischen 1500 und 1800 stehen und die räumliche Entwicklung der Stadt repräsentieren.

Ab der Wende zum 16. Jahrhundert entstanden in Freiburg zahlreiche repräsentative Neubauten wie das Stadtpalais von Konrad Stürtzel, das heute als Basler Hof bekannt ist, oder die Kernbauten des Neuen Rathauses. Sie zeugen vom wachsenden Selbstbewusstsein der Freiburger Stadtbürger. Da die räumliche Expansion durch die Stadtmauern begrenzt war, überbauten adelige und bürgerliche Bauherren zahlreiche innerstädtische Grundstücke neu. Während des Dreißigjährigen Krieges wurden jedoch viele Gebäude beschädigt oder zerstört. Eine noch gravierendere Veränderung erfuhr Freiburg zum Ende des 17. Jahrhunderts durch den Abbruch der Vorstädte und den Ausbau zu einer Festungsstadt nach Plänen von Sébastien Le Prestre de Vauban. Erst nach der Abtragung der Bastionen Mitte des 18. Jahrhunderts erhielt die Stadt die Möglichkeit, sich weiter auszudehnen.

Auftakt der Reihe war bereits am 23. Oktober. Weiter geht's am 6. November mit Bertram Jenischs Vortrag zum Breisacher Tor. Die Vorträge beginnen immer montags um 19 Uhr im Paulussaal – lediglich die beiden letzten finden im März 2024 im Hörsaal 1010 der Uni statt. Alle Vorträge werden zeitgleich als Zoom-Meeting übertragen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Programminfos unter: www.alemannisches-institut.de Online-Zugangsdaten für Zoom: Meeting-ID: 83797838628, Kenncode: Jahrestag

Rekord unterm Sternenhimmel

Eine Million Menschen zu Gast im Planetarium

Kosmische Geschichten über Sauerstoff, die geheimnisvollen Nordlichter oder spannende Abenteuer für Kinder: Jedes Jahr staunen Jung und Alt im Planetarium über die Wunder des Weltalls. So auch die Kinder der Kita Nordweil aus Kenzingen: Sie haben kürzlich die Marke von einer Million Besucherinnen und Besuchern in der Bismarckallee geknackt.

Damit erweist sich das Planetarium, das seit 2002 in den Räumen eines ehemaligen Kinos am Hauptbahnhof seinen Sitz hat, als Erfolgsgeschichte für Freiburg und die Region. Denn als Bildungseinrichtung für alle Altersgruppen zieht es Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Region an.

Zu seinen Aufgaben gehört, astronomisches Wissen zielgruppengerecht und anschaulich zu vermitteln. Schwerpunkt sind Bildungsangebote für Schulen und Kindergärten, die neben der Astronomie auch Umweltthemen – und damit unsere Erde – in den Mittelpunkt rücken. Konzerte, Lesungen und Figurentheateraufführungen ergänzen das Angebot.

Das Planetarium zeichnet sich durch viele Eigenproduktionen aus, die ein fünfköpfiges Team entwickelt. So bereitet etwa der „Sternenhimmel des Monats“ in einer multimedialen Weltraumreise aktuelle Forschungsergebnisse aus Astronomie und Raumfahrt auf.

Wie alles anfing

Das erste Planetarium entstand 1975 auf dem Dach der Richard-Fehrenbach-Gewerbeschule. Nach 25 Jahren bekam der Sternenprojektor technische Probleme, außerdem war die große Publikumsnachfrage kaum mehr zu bedienen. Im Jahr 2002 folgte dann der Umzug in die Bismarckallee: Im stillgelegten UFA-Kino im Bahnhofsgebäude wurde im ehemaligen großen Kinosaal eine 13 Meter durchmessende Projektionskuppel eingebaut, unter der 140 Personen Platz finden.

Ausgestattet ist das Planetarium seitdem mit einem „Starmaster“-Planetariumsprojektor, der inzwischen durch ein digitales Fulldome-Videoprojektionssystem ergänzt wird. Dadurch entsteht in der Planetariumskuppel ein 360-Grad-Kosmos-Kino, das durch eine realistische Projektion des Sternenhimmels atemberaubende Reisen durch Raum und Zeit ermöglicht.

Dabei tauchen die Gäste in die Vorführung regelrecht ein und begeben sich auf eine virtuelle Reise durch die unendlichen Weiten des Weltalls. Auch hinter den Kulissen hat sich das Planetarium weiterentwickelt, beispielsweise mit Fremdsprachen-Audioguides, bei der Computertechnik oder jüngst mit einem neuen Soundsystem.

Programmhilights

In der Herbst- und Wintersaison gibt es einige Programmneuerungen. Für Kinder ab fünf Jahren läuft freitags um 15 Uhr „Die Olchis – Das große Weltraumabenteuer“, und ab Januar 2024 ist das neue Familienprogramm „Die Sonne – Stern des Lebens“ im Spielplan. Außerdem gibt es zwei Aufführungen der Planetariumsshow „Sounds of the Ocean“: Am 15./16. November (19.30 Uhr) wird die Planetariumskuppel zur „Unterwasser-Bühne“ für ein außergewöhnliches Projekt, das die Verschmelzung von Kunst und Naturschutz zelebriert – eine Reise, die die Planetariumsgäste in die Wunder des tiefblauen Ozeans eintauchen lässt.

www.planetarium-freiburg.de, Infotelefon: 0761 3 89 06 30, Mo–Fr, 8.30–12 Uhr

„Die Demokratie muss verteidigt werden“

Spende für Förderverein NS-Dokuzentrum

Mit einem Scheck in Höhe von 20000 Euro unterstützt die Dr.-Rolf-Böhme-Stiftung der Sparkasse den Förderverein des Dokumentationszentrums Nationalsozialismus. Das Geld soll in die Gestaltung des Gedenkraums fließen, der an die Verfolgten der NS-Diktatur erinnern will.

„Es ist unsere Aufgabe, und auch die künftiger Generationen, die Erinnerung an diese Menschen wachzuhalten“, betonte Julia Wolrab, wissenschaftliche Leiterin des Dokuzentrums, das im ehemaligen städtischen Verkehrsamt am Rotteckring entsteht. Die Demokratie sei von rechts bedroht, ergänzte Christoph Ebner, Vorsitzender des Fördervereins. „Dieses Haus will dem etwas entgegensetzen. Die Demokratie muss verteidigt werden.“

Der Förderverein mit mittlerweile rund 120 Mitgliedern will das Dokuzentrum als Gedenk- und Lernort finanziell unterstützen. Daniel Zeiler, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau, hofft, dass der Scheck als „kleine Initialzündung“ fungiert, „damit sich weitere Spender dem guten Zweck anschließen“.

Bewerbung für Armenfonds

Die Waisenhausstiftung unterstützt jedes Jahr bedürftige Menschen in Freiburg sowie Projekte und Initiativen in den Bereichen Soziales, Bildung und Ausbildung mit Mitteln aus ihrem Armenfonds in Höhe von insgesamt 110 000 Euro. Gemeinnützige Träger oder Initiativen können bis 20. November Mittel für 2024 beantragen. Wichtig dabei ist, dass die Fördergelder bedürftige Menschen möglichst unmittelbar erreichen.

Im kommenden Jahr fördert der Armenfonds Projekte, die sich mit Kinderarmut in Kombination mit Bildungsbenachteiligungen aufgrund der aktuellen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Herausforderungen beschäftigen. Die Vergabe erfolgt im Januar 2024.

www.stiftungsverwaltung-freiburg.de

Japanische Fotografien

Faszinierende Landschaften, eindrucksvolle Tempelanlagen und romantisierte Posen: Das Haus der Graphischen Sammlung zeigt ab Samstag, 28. Oktober, japanische Fotografien aus dem späten 19. Jahrhundert.

Die handkolorierten Werke prägen das Japan-Bild im Ausland bis heute. Unter dem Motto „Erinnerungen schaffen“ zeigt das Museum die Fotografien in zwei aufeinanderfolgenden Hängungen und ordnet sie kunsthistorisch ein.

www.freiburg.de/museen

Ausgezeichnete Naturfotografien im Waldhaus

Vom Anglerfisch bis zum Walhai: Das Waldhaus Freiburg zeigt in einer neuen Ausstellung erstmals Bilder aus dem renommierten Wettbewerb „Europäischer Naturfotograf des Jahres“. Viel Mut und einen langen Atem – in der neuen Ausstellung im Waldhaus beweisen Naturfotografen und -fotografinnen eindrucksvoll, dass sie beide Eigenschaften besitzen. Bis 17. März 2024 zeigt das Waldhaus 30 der prämierten Bilder aus den Wettbewerb „Europäischer Naturfotograf des Jahres 2021“. Die Gesellschaft der Deutschen Tierfotografen lobt den Wettbewerb seit 1972 jährlich aus. Als eine der weltweit größten Vereinigungen für Naturfotografie lädt sie dazu Fotoamateure und -profis aus ganz Europa ein. Ganz gleich, ob die Bilder einen Polarfuchs inmitten eines Mückenschwarms in der norwegischen Tundra (s. oben) oder die traurigen Opfer menschlichen Plastikmülls abbilden: Die Werke der Ausstellung führen sowohl die Schönheit und Einzigartigkeit der Natur als auch ihre Fragilität angesichts der weltweiten Biodiversitätskrise eindrucksvoll vor Augen.

www.waldhaus-freiburg.de

„Wohngebäude des Jahres“

Weitere Auszeichnung für den FSB-Neubau am Rennwegdreieck

Wenn das Grundstück nicht so eindeutig dreieckig wäre, dürfte man wohl von einer Quadratur des Kreises sprechen: Mit dem Neubau auf dem Rennwegdreieck in Herdern ist es der FSB nicht nur gelungen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sondern auch architektonisch ausgezeichneten. Jetzt hat er beim Callwey-Award den Titel „Wohngebäude des Jahres“ errungen.

Der Callwey-Award „Wohnbauten des Jahres“ ist die einzige gemeinsame Auszeichnung einer unabhängigen Fachjury für Bauherren und Architekten im Geschosswohnungsbau im deutschsprachigen Raum und wurde 2019 zum ersten Mal ausgelobt. Das Rennwegdreieck wurde unter insgesamt 100 Einreichungen als Gewinner des ersten Preises und damit als „Wohngebäude des Jahres“ ausgezeichnet.

Für die Freiburger Stadtbau, deren Chefin Magdalena Szablewska die Auszeichnung in München entgegennahm, werden Architekturpreise für das Rennwegdreieck langsam zur Gewohnheit. Der markante achtgeschossige Neubau mit seiner terrakottafarbenen Klinkerriemchenfassade hat vor Kurzem bereits die Hugo-Häringer-Auszeichnung sowie im vergangenen Jahr einen Preis der Architektenkammer Baden-Württemberg für „Beispielhaftes Bauen“ erhalten. Das dreieckige Gebäude bietet insgesamt 49 Wohneinheiten –geförderte und frei finanzierte Mietwohnungen ebenso wie Eigentumswohnungen.

Da man sich ja nicht selbst loben soll, sei das diesmal der Jury des Callwey-Awards überlassen: „Die Freiburger Stadtbau übernimmt in vorbildlicher Weise soziale Verantwortung, indem sie bezahlbare Wohnungen in zentrumsnaher Lage für Integration und Inklusion bereitstellt und ein nachbarschaftliches Miteinander ermöglicht. Das Rennwegdreieck zeigt, dass innovative Wohnkonzepte, Aspekte der Nachhaltigkeit und ein markanter Städtebau mit hoher Qualität vereinbar sind. Das kluge Vorgehen der Freiburger Stadtbau GmbH wird mit dem ersten Preis ausgezeichnet.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Grünschnitt nicht verbrennen

Umweltschutzamt entscheidet über Ausnahmen

Vielfach werden auch heute noch Grünschnitt oder pflanzliche Abfälle verbrannt. Das ist aber nicht nur mit erheblichen Geruchsbelästigungen verbunden, sondern in den meisten Fällen schlicht verboten. Darauf weist das Umweltschutzamt hin. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ist die Verwertung von Grünabfällen der Beseitigung grundsätzlich vorzuziehen. Pflanzenschnitt muss deshalb entweder durch Häckseln, Mulchen oder Kompostieren auf dem eigenen Grundstück verwertet oder ordnungsgemäß entsorgt werden. Schnittgut aus privaten Gärten kann man beispielsweise zu den Grünschnittsammelstellen bringen oder bei Sammelaktionen abholen lassen. Informationen dazu gibt es im Abfallkalender der ASF. Nur in Ausnahmefällen ist das Verbrennen auf dem Grundstück gestattet, beispielsweise wenn eine Pflanzenkrankheit wie der Feuerbrand vorliegt. Auch äußerst steiles oder schwer zugängliches Gelände kann eine Ausnahme begründen. Ob eine solche gegeben ist, liegt aber nicht im eigenen Ermessen – dazu ist vielmehr ein Antrag beim Umweltschutzamt (Kontakt unten) erforderlich.

In jedem Fall sind die Vorschriften der Pflanzenabfallverordnung Baden-Württemberg einzuhalten. Diese beinhalten zum Beispiel Abstandsregeln und die Beachtung von Witterungsbedingungen. Innerhalb von bebautem Gebiet ist das Verbrennen generell verboten.

nfo und Kontakt: Tel. 201-6101 umweltschutzamt@stadt.freiburg.de

Rette, rette Fahrradkette

Fahrradwerkstatt repariert alte Räder für und mit Geflüchteten

Sie verrosteten ungenutzt im Keller, wurden womöglich längst durch ein E-Bike ersetzt. Gebrauchte Fahrräder stehen häufig herum, anstatt weitergegeben zu werden. Mit Unterstützung der Stadt rettet eine ehrenamtliche Fahrradwerkstatt alte Drahtesel und haucht ihnen neues Leben ein. Seit 2017 machen ehrenamtliche Mechaniker alte Räder wieder fit, um sie an Geflüchtete zu vermitteln. Aktuell fehlt es jedoch an Spendenrädern.

„Der Bedarf an Fahrrädern ist groß“, so Thomas Tritschler, der im Amt für Migration für die Koordination der Ehrenamtlichen zuständig ist. Auch die ehrenamtlichen Fahrradmechaniker in der Werkstatt in der Schopfheimer Straße, die von der Stadt angemietet wurde, betreut er. Jeden Mittwoch wird hier geschraubt, was das Zeug hält. Das Konzept ist simpel: Gegen eine kleine Spende werden Fahrräder an geflüchtete Menschen vermittelt, die sie gemeinsam mit den ehrenamtlichen Mechanikern reparieren. „Wir wollen Geflüchtete mobil machen“, sagt Tritschler zur Idee hinter der Werkstatt. „Aber es geht auch darum, als Team zu arbeiten und ein Miteinander zu schaffen.“

Die Nachfrage nach den Rädern ist hoch, denn Mobilität gibt den Geflüchteten ein Stück Freiheit zurück. Letztes Jahr konnten entsprechend innerhalb weniger Wochen mehr als 150 Räder an ukrainische Geflüchtete vermittelt werden. Doch der Lagerbestand neigt sich dem Ende zu. Das Amt für Migration und seine ehrenamtlichen Mechaniker bitten daher um Fahrradspenden. Solange es sich nicht um Schrotträder handelt, werden alle Fahrräder dankend angenommen.

Auch weitere ehrenamtliche Mechaniker seien immer willkommen, so Tritschler. In der Werkstatt engagiert sich eine bunte Mischung aus Freiwilligen – viele von ihnen sind selbst Geflüchtete. Etwa Zakarya Ghozlani, der 2022 mit seiner Frau aus der Ukraine fliehen musste: „Wir hatten damals zwei Fahrräder von unserem Vermieter bekommen. Ich kannte mich nicht aus und konnte sie nicht reparieren. Dann bin ich zur Werkstatt gekommen. Inzwischen arbeite ich selbst mit, weil es mir einfach Spaß macht und ich anderen helfen möchte.“

Wie spenden?

Wer ein altes Fahrrad für den guten Zweck abzugeben hat, kann es während der Öffnungszeiten am Mittwoch von 8.30 bis 11.30 Uhr vorbeibringen. Alternativ können auch individuelle Termine vereinbart werden.

Terminvereinbarung unter: fahrradwerkstatt@stadt.freiburg.de

Kurz gemeldet

Fortbildung für Beratende

Der Wegweiser Bildung bietet Beratenden aus dem Netzwerk Bildungsberatung Freiburg eine Qualifizierungsreihe mit kostenfreien Tagesseminaren. Der nächste Termin findet am Freitag, 10. November, von 9 bis 16 Uhr in der Volkshochschule statt. Ziel ist es, Ratsuchende dabei zu unterstützen, sich über ihre beruflichen Wünsche klar zu werden. Hierfür stellt die Referentin Kathinka Dettmer, Studienberaterin an der Universität Freiburg und selbstständige Coach, bewährte Methoden zur praktischen Erprobung vor.

Anmeldung unter: veranstaltung@wegweiser-bildung.de oder Tel. 0761 3689587. Weitere Infos: www.wegweiser-bildung.de

Weiterbildung „Einsteinhochzwei“

Am Donnerstag, 9. November, startet im Auftrag der Stadt die vierteilige Qualifizierungsreihe der Freiburger Forschungsräume. Das zentrale Anliegen ist es, das Lernen und Lehren im Bereich der MINT-Fächer in Kitas, Schulen und außerschulischen Lernorten zu verbessern. Die Qualifizierung richtet sich an pädagogische Fachkräfte an Kitas, öffentlichen Schulen, in der Schulkindbetreuung und in außerschulischen Bildungseinrichtungen; eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich. Die Veranstaltung findet von 14.30 bis 18 Uhr im Freddy-Meyer-Saal im Rotteck-Gymnasium (Lessingstr. 16) statt.

Weitere Infos und Anmeldung hier:

https://www.oekostation.de/de/kontakt/anmeldung_.htm,804

Laub sammeln und Kastanien schützen

Die Kastanienminiermotte treibt auch in diesem Herbst ihr Unwesen. Deshalb bittet die Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürger, Kastanienlaub möglichst schnell einzusammeln und zu entsorgen. Hierfür gibt es in den Rathäusern Laubsäcke für 50 Cent pro Stück zu kaufen. Die Säcke können zur Abholung durch die Abfallwirtschaft einfach an den Gehwegrand gestellt werden. Alternativ wird das Laub auch kostenlos an den Grünschnittsammelstellen entgegengenommen. Zudem finden im Rahmen von Freiburg packt an verschiedene Laubsammelaktionen statt. Wer helfen möchte, den Kastanienschädling einzudämmen, kann sich als Gruppe ab zehn Personen bei Freiburg packt an anmelden.

Anmeldung unter fpa@stadt.freiburg.de oder Tel. 0761 201-4712

Bürgerreise nach Innsbruck

Aus Anlass der 60-jährigen Partnerschaft Freiburg-Innsbruck veranstaltet die Gesellschaft zur Förderung der Städtepartnerschaften Freiburgs vom 21. bis 24. November eine Bürgerreise nach Innsbruck. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Empfang im Rathaus, eine Besichtigung des Museums Goldenes Dachl, ein Besuch der Weihnachtsmärkte und ein Ausflug zur Bergiselschanze sowie zu den Swarovski Kristallwelten.

Info und Anmeldung bei Gerd Nostadt, Tel. 0761 29351, oder E-Mail: nostadt@6staedte.de

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de